



## EUROCITIES Peer-Review-Bericht

### Roma-Schulmediation

---

#### EUROCITIES

---

EUROCITIES ist ein Netzwerk europäischer Großstädte. Dem 1986 gegründeten Netzwerk gehören heute die Kommunalregierungen von mehr als 130 Großstädten in über 34 europäischen Ländern an. EUROCITIES vertritt die Interessen seiner Mitglieder und beteiligt sich an dem Dialog mit den Europäischen Institutionen über die politischen Belange von Großstädten. Dazu gehören: wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz, Transportwesen und Mobilität, Sozialwesen, Kultur, Informations- und Wissensgesellschaft sowie Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Website von EUROCITIES: [www.eurocities.eu](http://www.eurocities.eu)

# INHALT

1. Einführung .....	3
2. Methodischer Hinweis.....	3
2.1 Peer-Reviews und Benchmarks.....	3
2.2 Der Peer-Review-Besuch in Berlin .....	4
3. Der politische Kontext der Roma in Berlin .....	4
4. Hintergrund der Roma-Mediatorenprojekts .....	5
5. Vergleich von Mediatorenprojekten für Roma-Schüler in Mitte.....	6
5.1 Der politische Rahmen für die Inklusion der Roma .....	6
1. Politische Führung .....	6
2. Strategisches Konzept für die Inklusion der Roma.....	6
3. Umsetzung der Strategie .....	6
5.2 Einrichtung des Mediatorenprojekts .....	7
5. Gemeinsame Verantwortung für das Mediatorenprojekt .....	7
6. Beteiligung von Interessengruppen und Nutzern/Partizipatorische Planung.....	7
7. Bekanntheit der Mediatorenprojekte steigern .....	7
5.3 Bewertung und Überwachung .....	8
6. Schlussfolgerungen und Empfehlungen .....	8
6.1 Politisches Konzept für die Inklusion der Roma .....	8
6.2 Das Mediatoren-Pilotprojekt .....	9
6.3 Bedingungen für die Entwicklung des Mediatorenkonzepts .....	9
6.4 Roma-Mediatoren in der Politik für Vielfalt.....	10
7. Gewonnene Erkenntnisse: Wozu können andere Städte die Ergebnisse dieser Peer-Review nutzen? .....	11

Dieser Bericht wurde von Christoph Leucht in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der EUROCITIES Task Force Inklusion der Roma und Dirk Gebhardt aus dem Brüsseler Büro von EUROCITIES erstellt. Es ist eine Aktualisierung der Peer-Review, die vom 24. - 26. Oktober 2011 in Berlin stattfand.

Wir bedanken uns beim Berliner Senat und der RAA für die Gastfreundschaft und Mitorganisation dieses Meetings sowie der Freudenberg-Stiftung für die Bereitstellung von Finanzmitteln für Mediatoren von außerhalb der EU, die einen Beitrag zu dieser Peer-Review geleistet haben.

# 1. EINFÜHRUNG

Die Straßburger Erklärung des Europarates zur Situation der Roma im Oktober 2010 würdigte die Bedeutung von Roma-Mediatoren in Schulen, im Gesundheitswesen und am Arbeitsmarkt als wirksames Mittel zur Partizipation der Roma an den öffentlichen Diensten. Bildung spielt eine zentrale Rolle. Sie kann sich positiv auf andere Bereiche auswirken, in denen es eine Ausgrenzung gibt, und Menschen dazu bringen, ihre Situation selbst zu verändern.

Dieser Bericht stellt die Ergebnisse einer Peer-Review über das Projekt Roma-Schulmediatoren in Berlin vor. Die Review untersuchte Richtlinien und Projekte für eine bessere Inklusion der Roma in Berlin und die Partizipation von Roma-Familien an den öffentlichen Bildungsangeboten. Schwerpunkt der Peer-Review zu diesem Thema waren Roma, die als Mediatoren zwischen Schulen und Roma-Familien in dem Berliner Bezirk Mitte arbeiten. Diese Arbeit wird von der Nichtregierungsorganisation RAA Berlin<sup>7</sup> in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat, den Bezirken und Schulen koordiniert. Ein Begründer und Unterstützer der RAA Berlin ist die Freudenberg-Stiftung, die über das Forum for Roma Inclusion (Forum zur Inklusion der Roma) des Europäischen Stiftungszentrums (EFC) in der Task Force Inklusion der Roma Partner von EUROCITIES ist.

## 2. METHODISCHER HINWEIS

### 2.1 Peer-Reviews und Benchmarks

Peer Reviews wurden als Analysemethode in verschiedenen EUROCITIES-Projekten eingesetzt. Ihre Logik ist einfach: Kollegen, die in unterschiedlichen Städten oder Zusammenhängen an ähnlichen Themen arbeiten, bewerten ihre Projekte oder Richtlinien in einem Meeting gegenseitig. Dabei erfahren sie, wie andere mit der Situation umgehen und können ihre eigene Arbeit aus neuer Perspektive sehen. Peer-Reviews sind in Forschung und öffentlichen Institutionen (z. B. OECD, EU) gang und gäbe.

Bei Peer-Reviews von EUROCITIES dient ein Benchmark als Bezugsgröße zur Bewertung der überprüften Politik. Der Benchmark besteht aus verschiedenen Elementen oder Schlüsselfaktoren, die eine erfolgreiche Politik beschreiben, ohne genau vorzuschreiben, wie sie umgesetzt werden sollte. Der Benchmark definiert Bewertungsnormen. Daher ist es wichtig, dass alle Kollegen, die an der Peer-Review teilnehmen, sich an der Definition beteiligen.

Der für diese Peer-Review als Bewertungsrichtlinie dienende Benchmark folgt der Struktur anderer für EUROCITIES-Projekte entwickelter Peer-Reviews auf dem Gebiet der Integration und Gleichbehandlung von Migranten<sup>2</sup>.

Der Benchmark basiert auf einer Reihe politischer Leitlinien des Europäischen Rates, des neuen EU-Rahmens für Strategien zur Integration von Roma auf nationaler Ebene sowie von EUROCITIES. Seine zentralen Elemente stammen aus dem ROMED Verhaltenskodex<sup>3</sup>, der die zehn Elemente des

<sup>7</sup> Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie – Regional Centres for education, integration and democracy.

<sup>2</sup> Siehe [www.integratingcities.eu](http://www.integratingcities.eu).

<sup>3</sup> [www.coe-romed.org/sites/default/files/code%20ethicEN.pdf](http://www.coe-romed.org/sites/default/files/code%20ethicEN.pdf). Das Projekt ROMED ist ein gemeinsames Training-Programm der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates für eine bessere Arbeit der 1.000 Mediatoren in ganz Europa. Das Projekt sieht die Mediatoren nicht in erster Linie als autonome Problemlöser, sondern setzt auf eine Methode partizipatorischer Planung für mehr Verantwortung der Eltern in der Bildung und eine intensivere Zusammenarbeit mit den Institutionen.

interkulturellen Mediationsprogramms ROMED<sup>4</sup> beschreibt. Der Benchmark stützt sich außerdem auf eine Bewertung des ersten Roma-Mediatorenprojekts in Berlin (2003 - 2005), das innerhalb des Programms EQUAL (institutionelle Unterstützung und kontinuierliches Training) stattfand.

## 2.2 Der Peer-Review-Besuch in Berlin

Der Peer-Review-Besuch fand vom 25. - 26. Oktober 2011 in Berlin statt. Zu dem Team der Peers gehörten etwa 20 Vertreter von Mitgliedern der EUROCITIES Task Force Inklusion der Roma (Belfast, Gent, Göteborg, Grenoble, Lille, München, Nantes, Newcastle, Vantaa), das Sekretariat von EUROCITIES, das Europäische Stiftungszentrum (EFC), die belgische Regierung sowie Mediatoren aus Kiew, Novi Sad und Odessa.

Das Programm umfasste:

- Besuche bei drei Schulen in Berlin Mitte (eine Grundschule, eine Sonderschule und eine Oberschule), einschließlich Gesprächen mit Hausmeistern, Lehrern und Mediatoren
- Gesprächen mit Vertretern der Berliner Stadtverwaltung (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Senatsverwaltung für Bildung, Vertreter aus dem Bezirk Mitte sowie Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung) und
- einem Besuch bei der Nichtregierungsorganisation RAA, welche die Mediatorenprojekte durchführte, mit Präsentation der Arbeit der Mediatoren und der verfügbaren Förderstruktur.

Das Projekt endete mit einem Workshop, in dem die Zwischenstände aus den verschiedenen Gruppen gesammelt und diskutiert und anschließend Dr. Robin Schneider, dem Vertreter des Berliner Senats vorgestellt wurden.

Der ROMED-Experte Christoph Leucht verfasste in Zusammenarbeit mit den Interessengruppen der Stadt Berlin, den Bezirken, Schulen und NRO vorab einen Entwurf für einen Hintergrundbericht. Die Interessengruppen präsentierten in Berlin in Reaktion auf den Entwurf für den Benchmark die Schlüsselemente ihrer Politik.

## 3. DER POLITISCHE KONTEXT DER ROMA IN BERLIN

Die Zahl der in Berlin lebenden Roma ist schwer zu schätzen, da Roma in Deutschland nicht als Ethnie registriert werden. Nach Schätzungen des Berliner Senats leben zwischen 15.000 und 20.000 Roma in Berlin. Sie können unterteilt werden in Einwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien (ca. 12.000) und aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten (5.000 - 7.000).

Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen in einer ersten Welle in den frühen 1990er-Jahren als Bürgerkriegsflüchtlinge und in einer zweiten Welle nach der Abschaffung der Visa-Beschränkungen für Serbien und Montenegro (im Dezember 2009) sowie für Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Albanien (im Dezember 2010). Viele Roma aus diesen Ländern beantragen Asyl. Die Roma aus den EU-Mitgliedsstaaten stammen hauptsächlich aus Rumänien und Bulgarien, kleinere Gruppen kommen aus Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und andern Ländern aus der EU-Erweiterungsrunde 2004.

Die Berliner Roma-Bevölkerung lebt in einigen Bezirken konzentriert, vor allem in Mitte und

<sup>4</sup> Zu diesen Elementen gehört die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten, die partizipatorische Planung von Aktionsplänen, Arbeitsabläufe mit erstmaliger Einführung von Mediatorenprojekten, die Beteiligung von Eltern und Nichtregierungsorganisationen, gesetzliche Rahmenbedingungen sowie interkulturelle Sensibilität der Mediatoren.

Neukölln sowie an den äußeren Rändern der Berliner Innenstadt. Diese Bezirke gehören zu den ärmsten in Berlin, doch dort findet sich das informelle Wohnumfeld für Neuankömmlinge, das typisch ist für derartige Quartiere.

Nach Angaben von Schulen steigt die Zahl der Schulen mit mehr als 50 Schülern mit Roma-Herkunft kontinuierlich an. Im Bezirk Neukölln gingen Anfang 2011 mehr als 500 rumänische und bulgarische Kinder zur Schule, viele davon waren Roma. Im ersten Halbjahr 2011 wurden weitere 87 registriert.

In Reaktion auf die wachsende Zahl nach Berlin kommender Roma richtete der Senat gemeinsam mit den Bezirken und NRO eine Arbeitsgruppe zur Inklusion der Roma ein, um eine stadtübergreifende Strategie zur Inklusion der Roma zu entwickeln. Die Bezirke selbst haben dezentrale Inklusionsprojekte gestartet. Während der Peer-Review beschloss die neue Regierungskoalition von Berlin die Fortsetzung dieser Arbeit in den kommenden Jahren.

Wie wichtige Rolle der NRO bei der Entwicklung einer Politik zur Inklusion der Roma wird in dem folgenden Kapitel dargestellt.

## 4. HINTERGRUND DER ROMA-MEDIATORENPROJEKTS

Als das Projekt Roma-Mediation (2000 - 2001) entwickelt wurde, war die Roma-Bevölkerung in der Stadt wesentlich kleiner als heute. Die Roma-Kinder hatten erhebliche Probleme mit dem Schulbesuch und schulischen Leistungen. Herkömmliche Maßnahmen wie Hausaufgabenhilfe und Elternberatungen wirkten sich kaum positiv aus. Die RAA Berlin entschied sich für den Aufbau eines Schulmediationsmodells, das ursprünglich 1993 von einem Sinti-Verband entwickelt wurde. Dieses Ausgangsprojekt entwickelte sich weiter, als Sinti-Mütter begannen, ihre Kinder regelmäßig zur Schule zu begleiten, um sie vor Diskriminierung zu schützen. Nach einer gewissen Zeit baten Lehrer Eltern von Nicht-Roma-Kindern<sup>5</sup>, Kontakt mit ihnen aufzunehmen und ein Vertrauensverhältnis zwischen der Schule und den Familien aufzubauen.

Nach der Entsendung von Roma-Mediatoren an zwei Grundschulen zwischen 2000 und 2002 richtete die RAA Berlin über das Programm EQUAL zwischen 2003 und 2005 ein dreijähriges Schulungsprogramm für Roma-Schulmediatoren ein. Drei von anfänglich zwölf Teilnehmern absolvierten die Schulung bis zur Abschlussprüfung mit Experten und Vertretern des Berliner Bildungssenats und des Beauftragten für Integration mit dem Abschluss Roma-Schulmediator. Die Schulung beinhaltete einen Deutsch-Intensivsprachkurs, die Verwendung von Büro-IT, Kommunikationsfähigkeiten, Elemente der Bildungsgesetzgebung sowie begleitete Arbeitspraktika in Grundschulen.

Ab 2006 wurden die Mediatorenprojekte hauptsächlich von dem Europäischen Flüchtlingsfonds sowie dem Europäischen Integrationsfonds unterstützt, die eine mehr oder weniger stabile Beschäftigung für drei bei der RAA Berlin arbeitende Mediatoren sicherten. Diese arbeiteten in drei Grund- und einer Oberschule. Seit 2008 wurden weitere 22 Schulmediatoren über drei Jahre ausgebildet, dieses Mal mit Auszubildenden mit Roma- oder arabischem Hintergrund. Dadurch konnte die Arbeit in drei weiteren Grundschulen sowie einer Sonderschule (für Kinder mit besonderem Bedarf) im Bezirk Mitte aufgenommen werden.

Während sich das Mediatorenprojekt der RAA Berlin auf den Bezirk Mitte konzentriert und vornehmlich mit Roma-Kindern und -Eltern aus Serbien und Bosnien arbeitet, ergänzen andere Initiativen diese Arbeit an anderen Orten der Stadt. Die Roma-Selbstorganisation Amaro Drom und

<sup>5</sup> Rüdiger Wurr ; Sylvia Träbing-Butzmann: Schattenkämpfe: Widerstände und Perspektiven der schulischen Emanzipation deutscher Sinti/Rüdiger Wurr ; Sylvia Träbing-Butzmann, Kiel 1998.

der Roma Elternverein arbeiten seit 2006 in Schulen in Neukölln. Die Nichtregierungsorganisation südost Europa Kultur nahm ihre Arbeit für Roma-Neuankömmlinge aus Rumänien und Bulgarien im Jahr 2009 auf.

Die Berliner Peer-Review fand daher zu einem interessanten Zeitpunkt statt. Sie profitierte von den Erfahrungen aus mehreren Phasen projektfinanzierter Arbeit mit Mediatorenprojekten. Der Berliner Senat erwägt außerdem, anhand einer eigenen Strategie ein stärker integriertes und einheitlicheres Konzept zur Integration der Roma zu verfolgen.

## 5. VERGLEICH VON MEDIATORENPROJEKTEN FÜR ROMA-SCHÜLER IN MITTE

Dieser Abschnitt präsentiert den Benchmark aus 13 Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Roma-Mediatorenprojekte in Schulen im politischen Kontext der Stadt. Der Benchmark erleichterte die Strukturierung der Peer-Review und das der Stadt Berlin gegebene Feedback.

Die Ergebnisse der Peer-Review sind in dieser Version des Berichts in den Abschnitten 6 und 7 zusammengefasst. Dieser Benchmark dient als ein Hilfsmittel, mit dem andere Städte ihre eigene Politik gegenüber Mediatoren an Schulen bewerten oder sich davon inspirieren lassen können. Die Peer-Review und das Feedback von anderen Experten erleichterten die Weiterentwicklung des ursprünglichen Benchmarks.

### 5.1 Der politische Rahmen für die Inklusion der Roma

#### 1. Politische Führung

Die politischen Ebenen zeigen Führungsstärke und verdeutlichen die Notwendigkeit, die Inklusionspolitik in der Verwaltung, bei externen Partnern und der Gesellschaft insgesamt explizit, aber nicht ausschließlich auf die Roma auszurichten.

#### 2. Strategisches Konzept für die Inklusion der Roma

Die von der Stadtverwaltung verfolgte Strategie gegen die Ausgrenzung von Roma, wird über alle betreffenden Ämter (Bildung, Gleichbehandlung, Integration von Migranten) kommuniziert. Dazu gehören auch Roma-Mediatoren.

#### 3. Umsetzung der Strategie

Die Stadtverwaltung verfügt über spezielles Personal und ein eigenes Budget, um die Umsetzung der Strategie zwischen Partnern innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zu koordinieren bzw. unterstützen.

#### 4. Die Integration von Roma als Bestandteil städtischen Politik für Vielfalt

Im Rahmen ihrer Strategie für Vielfalt stellt die Stadtverwaltung Roma im öffentlichen Dienst ein. Sie verfolgt eine bestimmte Strategie, um Lücken in der Schulbildung zu verringern, die zu besseren Beschäftigungschancen für Roma führt.

## 5.2 Einrichtung des Mediatorenprojekts

### 5. Gemeinsame Verantwortung für das Mediatorenprojekt

Die betreffenden Partner (Amt für Bildung, soziale Inklusion/Integration, Gleichbehandlung etc.) sind gemeinsam für die Entwicklung des Mediatorenprojekts verantwortlich.

### 6. Beteiligung von Interessengruppen und Nutzern/Partizipatorische Planung

Die Interessengruppen und Nutzer des Dienstes sind Partner in einem gemeinsamen, partizipatorischen Planungsprozess für das Mediatorenprojekt. Dazu gehören Zielsetzung, Gestaltung und Umsetzung der Dienstleistung sowie die gemeinsame Beurteilung derselben. Das Projekt wird von Interessengruppen wie den Eltern und der breiteren Bevölkerung wahrgenommen.

### 7. Bekanntheit der Mediatorenprojekte steigern

Die potenziellen Nutzer des Mediatorenprojekts, Dienstleistungsanbieter wie Eltern, kennen das Projekt.

### 8. Engagement von Schulen

Schulen mit Roma-Schülern erkennen die Möglichkeit, mithilfe von Mediatorenprojekten ihre Arbeit zu verbessern und möchten diese nutzen.

### 9. Gesetzliche Rahmenbedingungen

Roma-Mediatoren arbeiten innerhalb eines eindeutigen und nachhaltigen gesetzlichen Rahmens, der ihre Position und Rolle definiert und ihren Bildungsbeitrag wertschätzt (formeller beruflicher Status und Anerkennung, Vertrag, Bezahlung, Supervision).

### 10. Interkulturelle Kompetenzen

Interkulturelle Kompetenzen zum Verständnis sowohl der öffentlichen Institutionen als auch der Zielgruppe bilden in Übereinstimmung mit dem städtischen Konzept für Vielfalt ein wichtiges Element im Einstellungsprofil für Mediatoren.

### 11. Institutionelle Unterstützung, Schulung und Weiterqualifizierung

Die Mediatorenprojekte sind mit einem Ressourcenzentrum verbunden, das Mediatoren in ihrem institutionellen und beruflichen Umfeld unterstützen kann. Sie können ihre eigene Leistung durch kontinuierliche Schulungen zum Erlernen neuer Fähigkeiten verbessern und diese zur Weiterqualifizierung sowie für bessere Kommunikationsfähigkeiten nutzen.

### 12. Begleitung des Mediatorenkonzepts durch Beschäftigungs- und Qualifikationsmöglichkeiten für Roma-Schüler

Die Stadtverwaltung vermittelt Roma-Familien aktiv, dass es am Arbeitsmarkt viele Chancen für junge Menschen gibt, insbesondere wenn sie ihre Schulbildung erfolgreich abschließen.

### 5.3 Bewertung und Überwachung

#### 13. Bewertung und Überwachung des Mediatorenprojekts

Die Stadtverwaltung kennt die Abläufe des Mediatorenprojekts, sie kann Defizite erkennen und bei Bedarf Verbesserungen vornehmen.

## 6. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

### 6.1 Politisches Konzept für die Inklusion der Roma

Das Team der angereisten Peers wertete das politische Engagement des Berliner Senats für die Inklusion der Roma als Erfolg. Verschiedene Pilotprojekte und Koordinierungsstrukturen für die Inklusion der Roma wurden geschaffen und werden nun dauerhaft etabliert.

Die Peers begrüßten die Vorreiterrolle des Berliner Senats, die durch die Entwicklung einer umfassenden Strategie zur Inklusion der Roma als erste deutsche und einer der ersten westeuropäischen Städte zum Ausdruck kommt. Auch die Bemühungen von Berlin, die Arbeit auf Bundesebene in dieselbe Richtung zu lenken und die lokalen Bemühungen zu unterstützen, wurden positiv anerkannt. Die Peers empfahlen, weiterhin Allianzen mit anderen deutschen und europäischen Städten und Regionen zu bilden, um das Bewusstsein für neue und sich abzeichnende Probleme bei der Inklusion der Roma zu schärfen.

Die Peer-Review verdeutlichte, dass das abgestimmte Vorgehen bei der Inklusion der Roma in Berlin noch nicht alle relevanten Ämter und politischen Bereiche wie Bildung und Gleichbehandlung abdeckt, auch wenn Schritte in diese Richtung weisen und das Problembewusstsein bei allen relevanten Akteuren wächst. Die Peers sind sehr zuversichtlich, dass die meisten dieser Probleme durch Entwicklung einer Strategie gelöst werden können.

Sie hoben hervor, dass die administrative Strategie zur Inklusion der Roma durch eine Kommunikationsstrategie untermauert werden sollte. Die Politik der Inklusion der Roma ist aufgrund starker Vorurteile, Rassismus, Schuldzuweisungen und Misstrauen, denen Roma seit Jahrhunderten ausgesetzt sind, ein höchst sensibles Thema. Eine entsprechende Kommunikationsstrategie sollte auf folgenden Punkten basieren:

- Festlegung einer gemeinsamen Sprache von Senat, Bezirken und Nichtregierungsorganisationen als Resultat einer gemeinsamen Vision, um die gemeinsamen Bemühungen zu kommunizieren
- Kommunikation des Konzepts einer expliziten, aber nicht ausschließlichen Ausrichtung der politischen Maßnahmen zur Inklusion auf Roma (siehe Gemeinsame Grundsätze der EU zur Eingliederung der Roma)
- Kommunikation einer expliziten Zielgruppe (z. B. Roma-Mediatoren) als Vorteile, nicht als Stigma für die Institutionen
- Formulierung einer gemeinsamen Strategie zur möglichst consequenten Vermeidung ethnischer Etikettierungen, wie etwa der Unterscheidung der ethnischen Dimension eines Problems von der rechtlichen und sozialen Dimension.

Das Team der Peers empfahl dem Senat, bei der Entwicklung seiner Strategie Neuankömmlingen aus Bulgarien und Rumänien besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Projekte und politischen Maßnahmen, die für die erste Welle an Migranten aus Jugoslawien entwickelt wurden,



auf diese Gruppe auszudehnen. Dies beinhaltet ein mittelfristiges Szenario weiterer Einwanderung von Roma aus EU-Mitgliedsstaaten nach Berlin, mit Auswirkungen auf Quartiere, Schulen und andere Institutionen. Ohne eine langfristige Vision besteht das Risiko, dass alle Anstrengungen des Berliner Senats zur Inklusion der Roma durch weitere Einwanderungsströme zunichte gemacht werden.

## 6.2 Das Mediatoren-Pilotprojekt

Die Peers fanden Belege dafür, dass der Schulbesuch von Roma-Kindern durch das Roma-Mediatorenprojekt in Berlin Mitte zugenommen hat. In den Grundschulen konnten die Mediatoren die Kommunikation zwischen Roma-Familien und den Schulen verbessern, die Zahl der Anmeldungen nahm zu, die Fehlzeiten gingen zurück und die Leistungen der Roma-Schüler verbesserten sich nach dem Übergang auf weiterführende Schulen teilweise.

Das Mediatorenprojekt kann nicht nur Brücken zur Regelschulbildung herstellen, es hat auch das Potenzial, Roma an Arbeitsplätze zu binden, sie können als Rollenmodell für Schulausbildung und Beschäftigung fungieren, was bei den Mitgliedern dieser Gemeinschaft nicht die Regel ist.

Die Peers nannten Probleme bei der Einbeziehung von Eltern und die Notwendigkeit, deren Beteiligung zu stärken. Es wäre interessant herauszufinden, wie die Beteiligung der Eltern an der Bildung ihrer Kinder im Rahmen der Mediatorenschulung gestärkt werden kann, und zu beobachten, wie die restlichen Schulen der Stadt die Beteiligung von Eltern zu stärken versuchen.

Die Peers stellten außerdem fest, dass die Mediatoren unterschiedlich stark in das Schulteam integriert sind. Dies könnte durch die Entwicklung einiger einfacher Leitlinien des Senats für die Hausmeister verbessert werden, einschließlich eines Arbeitsplatzes im Lehrerzimmer, Schlüssel für die Schule, Teilnahme an Schulkonferenzen etc.

Vertrauen in die Arbeit der Mediatoren aufzubauen ist für Eltern und Schulen noch immer wichtig. Dieses entwickelt sich möglicherweise, je länger die Projekte laufen und je bekannter sie werden.

Diesbezüglich erkannten die Peers die Notwendigkeit, die Bekanntheit der bestehenden Mediatorenprojekte in den verschiedenen Verwaltungsbereichen, Schulen, bei Nichtregierungsorganisationen und Eltern zu steigern.

Da die bisherigen Erfahrungen unter recht schwierigen Bedingungen gemacht wurden (kein eindeutiger beruflicher Rahmen, keine langfristige Finanzierung sowie kein Modell für die Kooperation mit dem Schulpersonal) beurteilen die Peers das Projekt als erfolgreiches Pilotprojekt und empfehlen den Behörden, eine Konsolidierung des Projektes vorzunehmen.

## 6.3 Bedingungen für die Entwicklung des Mediatorenkonzepts

Die Entwicklung eines Mediatorenkonzepts beinhaltet die Ausweitung auf andere Zielgruppen (z. B. Roma-Familien aus Rumänien und Bulgarien) sowie andere Schulen, in denen ein eindeutiger Bedarf besteht. Außerdem müsste das Mediatorenkonzept dann von einem Pilotprojekt zu einem allgemeinen politischen Instrument weiterentwickelt werden.

Gegenwärtig gibt es in der Verwaltung verschiedene Ansichten über die Verwendung und Entwicklung von Mediatorenprojekten. Der Bezirk Mitte steht einer Weiterentwicklung des Mediatorenkonzepts tendenziell positiv gegenüber, während sich Vertreter der Senatsverwaltung für Integration skeptisch zeigen. Die Peers halten es für wichtig, im Rahmen der Entwicklung einer Strategie zur Inklusion der Roma Meinungen auszutauschen und ein gemeinsames Konzept für

Mediatoren, insbesondere im Bildungssektor, zu finden. Dabei sind Qualifikationen, Mittelausstattung, Weiterbildung und ein Platz in der interkulturellen Strategie des Senats zu berücksichtigen.

Nach Ansicht der Peers müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein, um die bestehenden Mediatorenprojekte weiter auszudehnen und zu konsolidieren:

- Beseitigung des fehlenden Vertrauens in den Erfolg des Mediatorenpilotprojekts, z. B. durch Analyse der Vorteile einer Mediation;
- Beseitigung der fehlenden Anerkennung von Mediatoren als berufliche Qualifikation.

Das erste Problem lässt sich durch Analyse der Kosten und Vorteile der Erfahrungen mit den Mediatoren lösen. Diese Analyse bietet der Stadtverwaltung eine Entscheidungsgrundlage (z. B. anhand der Bewertung des gesellschaftlichen Nutzens).

Die Peers schlagen zur Lösung des zweiten Problems eine Vorgehensweise vor, die dazu einerseits dazu dient, die Ausbildung formell festzuschreiben und andererseits den faktischen Ausschluss von Roma mit wenigen oder geringen Qualifikationen zu vermeiden. Für die Ausbildung sollten daher nur geringe berufliche Qualifikationen vorausgesetzt werden, damit Mediatoren relativ früh praktische Erfahrungen sammeln und ihnen eine Weiterbildung im Beruf angeboten werden kann.

Neben der Entwicklung eines Ausbildungsplans ist die momentan fehlende offizielle Anerkennung des Berufsbildes Mediator auf staatlicher Ebene anzugehen. Dies sollte durch Entwicklung eines Ausbildungsweges im Berufsfeld der Schulsozialarbeit geschehen. Im Rahmen der Qualifikation ist die Rolle des Mediators im Schulsystem zu definieren und die Möglichkeit für weitere Qualifikationen, wie beispielsweise der Qualifikation zum Sozialarbeiter, zu eröffnen.

In beide Fällen können die Erfahrungen der Nichtregierungsorganisationen in Berlin, und in einem breiteren Kontext, etwa die Erfahrungen des Projekts ROMED der Europäischen Kommission herangezogen werden.

Mediatoren können die Nutzung von Dienstleistungen über einen bestimmten Zeitraum erfolgreich erleichtern. Was sie nicht können, ist die Integration und Partizipation vollständig zu ersetzen. Mediatoren laufen immer Gefahr, als Agenten für soziale Integration gesehen zu werden, und nicht als deren Vermittler. Daher sollten alle Interessengruppen in die Mediatorenprojekte einbezogen werden, wenn es darum geht, Roma zu fördern und an der Gesellschaft und ihren Dienstleistungen umfassend teilhaben zu lassen.

#### 6.4 Roma-Mediatoren in der Politik für Vielfalt

Die Integration von Roma-Mediatoren in den Bildungssektor sollte im Kontext der generellen Politik für Vielfalt gesehen werden. Mediatoren können Rollenvorbilder für Roma sein und dazu beitragen, die Ziele des Senats in Sachen Vielfalt zu erreichen. Es ist daher wichtig, die interkulturellen Kompetenzen von Mediatoren, einschließlich ihrer Sprachfähigkeiten, zu definieren. Dazu gehört in der Regel auch eine umfassende Kenntnis von Berlin und den Berliner Institutionen sowie des besonderen Kontextes der eingewanderten Roma.

## 7. GEWONNENE ERKENNTNISSE: WOZU KÖNNEN ANDERE STÄDTE DIE ERGEBNISSE DIESER PEER-REVIEW NUTZEN?

Diese Peer-Review diente neben der Bewertung der in Berlin gemachten Erfahrungen auch dazu, den Peers aktiv Anregungen für die Inklusion der Roma in anderen europäischen Städten zu vermitteln. Die Betrachtung der Politik in Berlin anhand der Benchmark ermöglichte es, Schlüsselfaktoren für Mediatorenprojekte festzulegen und den breiteren politischen Rahmen zu verstehen, in den sie eingebettet sind.

Die Peer-Review nannte einige wichtige Punkte, die Städte, welche selbst ein Mediatorenprojekt durchführen möchten, beachten sollten:

- Das Mediatorenkonzept hat nicht nur das Potenzial, die Partizipation von Roma-Familien an den öffentlichen Dienstleistungen und Institutionen zu verbessern. Mediatoren, die aus der Gemeinschaft selbst kommen, können auch als Rollenvorbilder fungieren, die zeigen, welche Arbeitsplatzmöglichkeiten es für Roma gibt.
- Mediatoren sollten nicht als Stellvertreter für Integration gesehen werden, sondern als vorübergehende Brücken zu Dienstleistungen für Menschen, die sich uneingeschränkt in die kommunale Gesellschaft integrieren und an ihr teilhaben wollen.
- Für den Beruf des Mediators sollte ein offizieller Ausbildungsrahmen, einschließlich Schulung, Weiterbildung sowie Verbindungen und Wege zu anderen Qualifikationen, definiert werden.
- Mediatorenprojekte sollten in einen breiteren politischen Rahmen eingebunden werden, in dem die Inklusion der Roma als gemeinsame Aufgabe der verschiedenen Verwaltungsbereiche und Partner, wie bspw. Roma-Organisationen, begriffen wird.
- Gleichzeitig sollten sie über einen politischen Bezug zu den Roma hinaus mit der generellen Politik für Vielfalt, Gleichbehandlung, Bildung und Beschäftigung etc. verknüpft werden.
- Außer der einer Strategie zur Organisation des Projekts ist auch eine Kommunikationsstrategie erforderlich, damit die beteiligten Partner eine gemeinsame Sprache sprechen. Die Kommunikationsstrategie sollte auf dem Prinzip einer expliziten, aber nicht ausschließlichen Fokussierung beruhen, um ethnische Stereotypen zu vermeiden.
- Sowohl die einzelnen Schulen, also auch die verantwortliche Verwaltung sollten sich zu Mediatoren verpflichten. Dies gewährleistet eine genau abgegrenzte Positions- und Arbeitsplatzbeschreibung für Mediatoren in den Schulteams.
- Bei der Umgestaltung des Mediatorenprojekts von dem bisherigen Pilotprojekt zu einem Regelprojekt sollten einzelne Elemente von Anfang an nachverfolgt werden. Dazu gehören alle Parteien (Ämter für Integration und Bildung, Roma-Organisationen, NRO etc.) ebenso wie die Finanzierung.
- Darüber hinaus ist ein Bewertungsrahmen für die Analyse der Ausgangssituation und die Überwachung der Ergebnisse der Mediatorenprojekte zu entwerfen. Dieser muss nicht allzu stark an einer wirtschaftlichen Kostennutzenanalyse angeglichen sein, sondern kann auch so genannte Soft-Facts und langfristige Vorteile (z. B. den gesellschaftlichen Nutzen) analysieren.



Diese Publikation entstand im Auftrag des Gemeinschaftsprogramms für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007 - 2013). Dieses Programm wird von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission geleitet. Es wurde gegründet, um die Umsetzung der Ziele der Europäischen Union in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Integration gemäß der sozialpolitischen Agenda finanziell zu unterstützen und damit einen Beitrag zu den Zielen von EUROPA 2020 zu leisten.

Weitere Informationen unter: [ec.europa.eu/progress](http://ec.europa.eu/progress).

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Auffassung der Europäischen Kommission wieder.